



Beschluss der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

vom 30. Mai 2016

Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren: Der soziale Arbeitsmarkt muss kommen!

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist insgesamt rückläufig. Diese positive Entwicklung überträgt sich aber nicht auf alle Gruppen von Arbeitslosen. An Langzeitarbeitslosen geht der anhaltende konjunkturelle Aufschwung fast vollständig vorbei.

Gut eine Million Menschen in Deutschland sind seit mehr als einem Jahr arbeitslos, in Nordrhein-Westfalen mit seiner besonderen strukturellen Situation vieler Ballungsräume sind es rund 300.000. In der Praxis zeigt sich, dass viele von ihnen trotz langjähriger und intensiver Betreuung keine realistischen Aussichten auf eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt haben. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass jeder Mensch über Stärken und Potenziale verfügt, die er zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen kann. Wir wollen Langzeitarbeitslosen eine echte Perspektive bieten.

Deshalb fordern wir die Etablierung eines flächendeckenden und dauerhaften öffentlichen Beschäftigungssektors – wir brauchen endlich den sozialen Arbeitsmarkt!

Der soziale Arbeitsmarkt ist Ausdruck sozialer Gerechtigkeit: Statt Arbeitslosigkeit wird sinnstiftende Arbeit finanziert. Über den sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer könnte Geld, das bislang für sogenannte „Hartz IV-Leistungen“ ausgegeben wurde, in die Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fließen. Öffentlich geförderte Arbeitsplätze verdrängen keine reguläre Beschäftigung. Sie werden zusätzlich geschaffen, liegen im öffentlichen Interesse und bieten einen echten Mehrwert für die Arbeitgeber bzw. die Gesellschaft. Potentielle Einsatzfelder sind beispielsweise Bus- und Bahnbegleitdienste, Behindertenfahrtdienste, Sauberkeit im öffentlichen Bereich, Graffiti-Beseitigung, Seniorenunterstützung oder Hausmeisterassistenzen.

Für Langzeitarbeitslose bedeutet der soziale Arbeitsmarkt die Minimierung materieller, sozialer und kultureller Teilhabedefizite. Neben der Chance auf eine Reintegration in den Arbeitsmarkt und eine verbesserte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch den Aufbau eigenständiger Ansprüche in den sozialen Sicherungssystemen. Die Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt wird durch die aktivierenden und qualifizierenden Effekte gefördert.

Vorhandene Bundes- und Landesprogramme wie das BMAS-Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ oder das ESF-kofinanzierte Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ der NRW-Landesregierung sind wichtige erste Schritte. Sie verdeutlichen, dass sich die SPD um die Langzeitarbeitslosen in Deutschland kümmert. Die Programme reichen aber weder im finanziellen Umfang noch in der Reichweite aus, um das volle Potenzial öffentlich geförderter Beschäftigung auszuschöpfen. Allein in Nordrhein-Westfalen könnten bis zu 50.000 Personen von dem Ansatz profitieren.

Die NRW-Landesgruppe unterstützt Bundesministerin Andrea Nahles in ihrem Engagement für Langzeiterwerbslose und ruft die CDU/CSU dazu auf, ihre Blockadehaltung bei diesem Thema endlich aufzugeben. Noch in dieser Legislaturperiode könnten Modellprojekte in besonders betroffenen Regionen eingeführt werden. Auf Dauer bleiben wir bei unserer Forderung nach Etablierung eines flächendeckenden, öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zur strukturellen Beendigung von Langzeitarbeitslosigkeit.
